

# Presseschau/Verwaltungskostenbeitrag\_entfÄllt

Studenten in Thüringen müssen ab dem kommenden Sommersemester keine Verwaltungskostenbeiträge mehr zahlen. Wie die Landesregierung am Dienstag beschloss, bekommen die Hochschulen nach dem Gesetzentwurf die ihnen damit fehlenden Mittel von rund 2,4 Millionen Euro erstattet. Kultusminister Christoph Matschie (SPD) sagte, so gebe es keinen Grund, andere Beiträge oder Gebühren zu erheben oder zu erhöhen. CDU und SPD hatten sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, den Verwaltungskostenbeitrag von 50 Euro pro Semester für die Thüringer Hochschulen abzuschaffen.

Studenten warnen vor „Schlupfloch“

Die Studenten hatten befürchtet, dass neue Gebühren durch die Hintertür eingeführt würden. Diese könnten von den Hochschulen statt vom Land erhoben werden, sagte am Montag die Sprecherin der Konferenz der Thüringer Studierendenschaften (KTS), Janine Hofmann. In dieser Form sei das Konzept nicht schlüssig, denn nach dem Entwurf könne das Land „den Schwarzen Peter der Gebührenerhebung“ an die Hochschulen abschieben. Das Schlupfloch müsse geschlossen werden, hatte die KTS gefordert.

Zudem müssten Gebühren hinterfragt werden, die Hochschulen etwa für Eingangsprüfungen bei Sprachkursen erheben. Diese und die Gebühren für Langzeitstudenten stellten für einzelne Studierende eine weitaus größere Hürde dar als die Verwaltungskostenbeiträge, sagte Hoffmann. Sie bezifferte das bisherige Aufkommen der im Jahr 2007 von der CDU-Regierung eingeführten Beiträge zu den Verwaltungskosten auf jährlich etwa 4,8 Millionen Euro, die jeweils zur Hälfte dem Land und den Hochschulen zufließen. Matschie will Bedingungen verbessern

Wie Matschie bei der Kabinetts-Pressekonferenz versicherte, hat sich die Landesregierung zudem geeinigt, dass es keine allgemeinen Studiengebühren in Thüringen geben werde. Zudem sollen die Studienbedingungen verbessert werden, so dass mehr junge Leute aus anderen Bundesländern nach Thüringen kommen. Dazu habe er für Anfang 2010 einen Hochschulgipfel einberufen, an dem neben Rektoren auch Studenten teilnehmen sollten.

Laut Matschie muss es vor allem in Jena mehr bezahlbaren Wohnraum für Studenten geben. Zudem müssten die Bachelor- und Masterstudiengänge studierbar sein und weniger „verschult“. Vorgaben sollten daher flexibilisiert werden und die Hochschulen hier mehr Freiheiten bekommen.

Quelle: MDR <http://www.mdr.de/thueringen/6922382.html> Datum: 08. Dezember 2009, 20:12 Uhr

[2009 Presse Kultusministerium Politik Verwaltungskostenbeitrag](#)

From:

<https://wiki.kts-thueringen.de/> - **KTS-Wiki**

Permanent link:

[https://wiki.kts-thueringen.de/doku.php/presseschau\\_verwaltungskostenbeitrag\\_entfa\\_llt](https://wiki.kts-thueringen.de/doku.php/presseschau_verwaltungskostenbeitrag_entfa_llt)

Last update: **2018/11/22 15:55**

